

## Vorlage an

Stadtverordnetenversammlung für die Sitzung am 07.02.2019

### Resolution zu "Straßenbeitragsfreies Hessen"

#### **Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Weiterstadt unterstützt die Resolution der hessischen Bürgerinitiativen zur Abschaffung der Straßenbeiträge.

#### **Sachverhalt:**

Wie nach der letzten Befassung der Stadtverordnetenversammlung mit der Thematik „Abschaffung von Straßenbeiträgen“ in 2018 erst bekannt wurde, gibt es eine Möglichkeit, wie der Mehrheit der in der Stadtverordnetenversammlung vorgetragenen Interessen begegnet werden kann. Falls die Finanzierung durch Dritte gewährleistet ist, können die Weiterstädter Hausbesitzer somit entlastet werden und die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen dennoch umgesetzt werden. Die AG Straßenbeitragsfreies Hessen, eine Arbeitsgemeinschaft von rund 60 Bürgerinitiativen, hat das Ziel der landesweiten Abschaffung von Straßenbeiträgen. Den Kommunen sollen die Einnahmeausfälle möglichst durch originäre Landesmittel ersetzt werden.

Die Gesetzesänderungen im Kommunalabgabengesetz (KAG) und in der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) im Mai vergangenen Jahres waren, aus Sicht der Bürgerinitiativen, halbherzig. Diese Einschätzung teile ich. Den Kommunen wurde der „Schwarze Peter“ zugeschoben. Aus Sicht vieler Bürgermeister gibt es jedoch einen gangbaren Weg: nach 25 Jahren Aufbau Ost und Solidarpakt I und II werden diese in 2019 auslaufen. Die westdeutschen Kommunen haben ihren Beitrag geleistet: ca. 10 Prozent der Gewerbesteuer wurde seit 1995 als erhöhte Gewerbesteuerumlage an das Land abgeführt zwecks Erneuerung der Infrastruktur in den neuen Bundesländern. Mit dem Auslaufen der Bundesgesetze stehen den westdeutschen Kommunen zukünftig diese Mittel wieder zur Verfügung, z.B. zur Erneuerung der eigenen Gemeindestraßen - ohne die landesweit umstrittenen Anliegerbeiträge.

Allerdings gibt es bei der hessischen Landesregierung Begehrlichkeiten, diese Mittel – ca. 500 Millionen Euro originär kommunales Geld – weiter zu vereinnahmen und im Landeshaushalt zu verplanen. Dieses Vorgehen ist aus meiner (kommunalen) Sicht weder akzeptierbar noch dem Bürger zu vermitteln! Ich bitte daher die Stadtverordnetenversammlung, sich der Resolution anzuschließen.

#### **Finanzierung:**

keine

Ralf Möller  
Bürgermeister

**Anlage:** Resolution

**Drucksache 10/0692**